

## INFORMATION

1 / 2023

zum TOP

GREMIUM

Ausschuss für Stadtentwicklung und -planung

SITZUNGSTERMIN

Mittwoch, 15.02.2023, 17:05 Uhr bis 20:30 Uhr

SITZUNGSORT

Rathaus, Willy-Brandt-Platz 1, 44532 Lünen, Sitzungssaal 1, 1. Etage

---

## ÖFFENTLICHER TEIL MITTEILUNGEN DER VERWALTUNG

### 4. MI-225/2022

Reform der Gestaltungssatzungen  
hier: Sachstand

Die CDU-Fraktion merkt an, dass die Probleme gesichtet und erkannt worden sind. Eine textliche Umsetzung in den Satzungen könnte so erfolgen und der Umsetzungsrhythmus aus der Beschlussfassung erscheint großzügig gewählt.

Die SPD-Fraktion regt an, dass Gespräche in Brambauer mit dem Eigentümer der Siedlung gesucht werden sollen.

Auch muss in den anderen Ortsteilen aktiv gehandelt werden, da das Problem von übermäßiger Versiegelung überall vorhanden ist. Den Eigentümern muss mehr Umweltschutz ans Herz gelegt werden.

Es ist gut, dass die Nutzung von Solarenergie so möglich gemacht wird. Herr Lamczick bedankt sich besonders für die Klarstellung der Namensgebung „Neue Kolonie“ und wünscht sich, dass diese dauerhaft umgesetzt wird.

Die GfL-Fraktion ergänzt, dass genau geschaut werden muss, wo eine energetische Sanierung der Fassaden möglich ist und was sonst umgesetzt werden könnte.

Die Verwaltung merkt an, dass die Botschaft der Mitteilung war, dass es sich um eine missliche Situation handelt. Die Kapazitäten, sind derzeit nicht vorhanden, um den Beschluss so umzusetzen und andererseits hat die geänderte Rechtslage die Probleme eher verschärft. Daher die Entscheidungslage am Ende der Mitteilung.

Die Verwaltung erklärt weiter, dass es aus fachlicher Sicht nicht empfehlenswert wäre, die Gestaltungssatzung aufzuheben. Aber es besteht ein gewisses Vollzugsdefizit, welches durch die neue Landesbauordnung verschärft wurde. Erst durch Kontrollen könnten Baumaßnahmen erkannt und überprüft werden. Es ist aber fraglich, ob man dann gerichtlich gegen materiell-rechtliche Verstöße vorgehen möchte, da dies für alle Seiten langwierig und unangenehm werden würde.

B.90/Die Grünen merken an, dass die Verwaltung in der Mitteilung Entscheidungsbedarfe aufgezeigt hat. Nun muss die Politik sich damit beschäftigen und in einem Dialog mit der Verwaltung Wege aufzeigen, wie man diese Themen in der nächsten Zeit bewältigen kann. Dies gilt auch für die Priorisierungen.

Es ist wichtig zeitgemäß zu agieren und dabei unser baukulturelles Erbe nicht in Frage zu stellen. Da muss ein ausgewogener Kompromiss zwischen den Interessen der Beteiligten gefunden werden.

Die Politik kann sich nun positionieren und in einer der nächsten Sitzungen sollte das Thema wieder aufgerufen werden. So kann gemeinsam mit der Verwaltung eine Lösung kreiert werden.